



## FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDFORD  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 13  
9. Jahrgang

23. Juni 1941

Wofür kämpfen wir? (ITF) Louis Dolivet berichtet von einer Frankreich-Reise: "Die illegalen Gruppen in Frankreich sehen im Kampf gegen den Faschismus ihre Hauptaufgabe; niemals vorher war Frankreich stärker antifaschistisch als heute. Die illegalen Gruppen sind lebhaft an den Fragen des gesellschaftlichen Umbaus, der wirtschaftlichen Demokratie, der europäischen Union und der Organisation der Welt interessiert. Sie fragten: 'Wenn wir bei Sabotageakten gegen die deutsche Kriegsmaschine unser Leben aufs Spiel setzen - werden England oder Amerika für eine wirklich bessere Welt sorgen, oder werden wir die alte Welt wieder haben?'

Jedes Anzeichen der Vorarbeit für eine neue Weltordnung und für vernünftige Friedensziele erweckt ausserordentliches Interesse. Ein junger Ingenieur, der in einem Eisenbahnausbesserungs-Werk arbeitet, sagte mir: 'Irgendwie sind wir alle gegen Hitler, aber wenn wir für die alte Ordnung kämpfen, werden wir uns ihm nur wie im Schlafe widersetzen. Aber wenn es um eine wirklich demokratische Weltordnung geht, dann sind wir wach und kämpfen und schlagen ihn kurz und klein'.

Die Mehrheit der französischen Arbeiter ist davon überzeugt, dass der Sieg der Demokratien eine bessere Sozialordnung bringen wird, und dass sie dann die gesellschaftliche Struktur tiefgreifend verändern und sich einer wirtschaftlichen Demokratie nähern können. Der Einfluss der britischen Gewerkschafter ist in Frankreich ausserordentlich gestiegen und Männer wie Bevin sind unter den Arbeitern sehr populär. In ihren Diskussionen betonen sie häufig, dass ein Mann, der aus den Reihen der Arbeiter kam, eine so bedeutende Rolle spielen konnte und dass er mehr fertig brachte, als viele Vertreter der herrschenden Klassen. Sie glauben, dass die britische Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege ihre Macht halten, ja verstärken wird, und dass das für die Arbeiter der anderen Länder eine grosse Hilfe sein wird.

Viele glauben, dass Sowjetrussland früher oder später auf die Seite der Demokratien treten wird".

(Für die Red.: Der Bericht erschien in der New Yorker "Nation", 10.V.)

Das ist Nazismus! (ITF) Wörtlich liest man in einer Zeitschrift des deutschen Arbeitsministeriums:

"Stellung der Deutschen zum Polen: Nur notwendiges Uebel als Arbeitskraft, völkische Feindschaft ist zu wahren. Einsatz der Polen: äusserliche Kennzeichnung, Arbeitskarte, polizeiliche Beschränkungen, geschlossene Unterbringung. Begriff der Polen: bisherige polnische Staatsangehörige; Gegenbeweis, das er nicht polnischen Volkstums ist; Ausschluss der Polen von sozialen Nebenleistungen; Lohnfortzahlung an Feiertagen und Feiertagszuschläge an Polen verboten; betriebliche Familien- und Kinderzulagen sind verboten; jährlich eine Familienheimfahrt; Trennungsentschädigungen nur mit schriftlicher Zustimmung der Reich-treuhänder; nur tariflicher Mindesturlaub von 6 Tagen; tarifliche Entlohnung unter Erhebung der Sozialausgleichsabgabe (von 15% des Lohnes); Landwirtschaft kennt besondere Arbeitsbedingungen für Polen; im öffentlichen Dienst bis zu 90% des Lohnes deutscher Arbeiter ohne Kinder- und Dienstzeitzulagen".

Die Zeitschrift heisst - "Soziales Deutschland"!

(Für die Red.: "Soziales Deutschland", 5.IV.41. Seite 192.)

Die Neue Ordnung (ITF) Die Brüsseler Tageszeitung "Le Travail", die der frühere Sozialist de Man gründete, um die belgischen Arbeiter für die Zusammenarbeit mit Deutschland zu gewin-

nen, klagt: Die grosse Not veranlasst die (belgischen) Arbeiter, zu erklären: "Ist das Eure Neue Ordnung? Diese niedrig gehaltenen Löhne, die nicht existierenden Kartoffeln, der Salat zu 20 Franken, die Schlangen in den Strassen, die Schleichhandelsskandale, diese chronische Unterernährung? Ist das Euer Volksstaat?"

(Für die Red.: "Le Travail", 22.V.41.)

15 Jahre Zuchthaus für Streik! (ITF) Der einwöchige Streik der belgischen Bergarbeiter hat die deutschen Besatzungsbehörden in Holland beunruhigt. Sie versuchen deshalb, die holländischen Arbeiter einzuschüchtern und haben Beteiligung an Streiks mit schweren Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus bedroht. Die holländischen Arbeiter sollen für Hitlers Kriegsmaschine zu den Arbeitsbedingungen arbeiten, die Hitlers Kommissar diktiert.

Alle holländischen Zeitungen mussten am gleichen Tage auf der 1. Seite die Strafandrohung veröffentlichen: "Wer sich an einem Streik beteiligt oder Arbeiter aussperrt, wird mit 1 bis 5 Jahren Gefängnis bestraft, in schweren Fällen mit 1 bis 15 Jahren Zuchthaus"! Schon Streikversuch ist strafbar; wer zum Streik auffordert, erhält eine Zuchthausstrafe von 1 bis 15 Jahren!

Gleichzeitig verkündete Hitlers Reichskommissar, dass auf 1 bis 15 Jahre ins Gefängnis gesperrt würde, wer an "deutschfeindlichen Demonstrationen" teilnimmt und für verbotene politische Parteien arbeitet.

Wer "deutschfeindliche Flugschriften" besitzt, herstellt oder verbreitet, wird, wenn er erwischt wird, bis zu 5 Jahren ins Gefängnis gesperrt und hat eventuell noch eine Geldstrafe bis zu 50.000 Gulden zu bezahlen. Hitlers Reichskommissar behält sich vor, holländische Bibliotheken von "deutschfeindlichen Schriften" säubern zu lassen.

(Für die Red.: Holländische Presse, 21.V.41. vgl. "Faschismus", 31.III.)

Die Erwerbslosigkeit in Holland (ITF) Die deutsche Propaganda behauptet, dass in Holland die Erwerbslosigkeit erheblich zurückgegangen sei, seitdem im Zuge der "Neuen Ordnung" deutsche Aufträge nach Holland verlegt wurden. Aber das ist ein Propagandaschwindel. Ohne die Massendeportationen wäre die Zahl der Erwerbslosen heute in Holland 1 1/2mal so hoch wie vor dem Einfall der deutschen Truppen im Mai 1940.

Ende April 1940 Ende April 1941  
Zahl der registrierten Arbeitslosen..... 157.000 110.000 x)

bei öffentlichen Notstandsarbeiten		
beschäftigt.....	54.000	56.000
bei andern Notstandsarbeiten, wie Aufräumarbeiten von Kriegsschäden		
beschäftigt.....	---	25.000
im Arbeitsdienst.....	---	4.500
nach Deutschland deportierte holländische Arbeiter.....	280 xx)	110.000
nach Frankreich deportierte holländische Arbeiter.....	---	mehrere Tausend
<b>Erwerbslos oder deportiert</b>	<b>211.280</b>	<b>295/300.000</b>

Die Zahl der als Polizisten und Beamten neu eingestellten Nazis wird von der holländischen Presse auf "mehrere Tausend" geschätzt.

70% der 1940 demobilisierten holländischen Soldaten waren Ende Mai noch erwerbslos.

x) Wieviele Zehntausende sich aus Furcht vor Massendeportation nicht als erwerbslos registrieren lassen ist nicht genau bekannt.

xx) Holländische Arbeiter in Deutschland im 1. Quartal 1940; Ziffern für April 1940 liegen nicht vor.

(Für die Red.: Diese Uebersicht ist die erste Statistik über die Entwicklung der Erwerbslosigkeit in einem von deutschen Truppen besetzten Gebiet. Angaben über die Kurzarbeit liegen für April 1941 noch nicht vor.)

Zwangs-Ueberstunden für Hitler (ITF) Hitlers Kommissar in Oslo hat angeordnet, dass alle Arbeiter der norwegischen Metall- und Bauindustrie, die bei deutschen Armeeaufträgen beschäftigt sind, 10 Stunden täglich arbeiten müssen, wenn die deutschen Auftraggeber die Leistung zweier Ueberstunden verlangen.

(Für die Red.: Die Verordnung ist zunächst bis zum 15. September befristet.)

Sklavenjagd  
quer durch Deutschland

(ITF) Allen deutschen Polizeibehörden sind folgende vielsagende Anweisungen zugegangen:

"Ausländische Arbeiter, die ohne Fahrtausweis in Reisezügen angetroffen werden, werden künft-

ig von den Reichsbahndienststellen auf dem nächsten Unterwegsbahnhof mit dem Sitz eines Arbeitsamts ausgesetzt und mit schriftlicher Meldung den Aufsichtsbeamten übergeben... Dieser wird das Arbeitsamt oder die Nebenstelle entsprechend verständigen. Das Arbeitsamt... hat den ausländischen Arbeiter zu übernehmen und - falls sich kein Anlass zur Verhinderung der Weiterreise ergibt - für die Weiterbeförderung zu sorgen...

"Kann der in Reisezügen ohne Fahrtausweis angetroffene und dem Arbeitsamt zugeführte ausländische Arbeiter den Grund seiner Reise nicht glaubhaft nachweisen, ist er als Vertragsbrüchiger der nächsten Polizeidienststelle zur Inhaftierung und - nach Klärung des Sachverhalts - zur Rückbeförderung zum Arbeitsplatz zu übergeben...

"Falls die Rückführung eines Vertragsbrüchigen an den Arbeitsplatz nicht erwünscht ist.., erfolgt ein anderweitiger Arbeitseinsatz...

"Wenn die Rückführung eines vertragsbrüchigen ausländischen Arbeiters zum bisherigen Arbeitsplatz oder sein an erweiterter Arbeitsplatz aus staatspolitischen oder sonstigen Gründen nicht erwünscht ist, ist er in die Heimat abzuschicken..."

"Grundsätzlich gehen sämtliche Kosten, die bei den Arbeitsämtern durch die Heranholung und Ueberführung Arbeitsunwilliger und Widersetzlicher und die Rückführung vertragsbrüchiger in- und ausländischer Arbeitskräfte (auch Dienstverpflichteter) zum Arbeitsplatz entstehen, sowie alle Inhaftierungskosten, zu Lasten des Arbeitsunwilligen oder Vertragsbrüchigen..."

(Für die Red.: Runderlass des Reichsführers der SS und des Chefs der deutschen Polizei vom 20.I.41., Aktenzeichen SIE 3 NR 9490/40.)

Deutschland will die  
italienischen Arbeiter  
nicht ernähren

(ITF) "Corriere della Sera" berichtet, dass die deutsch-italienische Zahlungsbilanz von Italien nur durch die Lieferung Hunderttausender italienischer Arbeiter ausgeglichen werden kann. Weil wir ungeheure Mengen Kohle und Metallwaren (Ka-

nonen etc. Red.) von Deutschland importieren müssen, würde die Zahlungsbilanz, "ein beachtliches Defizit zeigen; sie kann durch die Arbeit der nach Deutschland geschickten Arbeiter ausgeglichen werden".

Bald werden 380.000 italienische Arbeiter in Deutschland arbeiten, 300.000 in Industrie und Bergbau, 70.000 als Landarbeiter, der Rest im Hotelgewerbe.

Die Arbeiter sind "buchstäblich aus allen Teilen Italiens rekrutiert worden. Jede örtliche Industrie war darauf bedacht, durch die besten verfügbaren Männer auf eine oder andere Weise vertreten zu sein; deren Ausfall wurde durch längere Arbeitsschichten ausgeglichen". Aus Sizilien wurden Schwefelarbeiter in deutsche Bergwerke geschickt.

Soweit als möglich muss Italien die Arbeiter noch selbst beköstigen! "Soweit es möglich ist, werden italienische Gerichte gekocht und aus Italien kommen Wein, Olivenöl, Käse, Spaghetti, Reis und Tomatenkonserven... wahre Schätze in einem Lande, wo auch in der Ernährung Ersatz vorherrscht".

(Für die Red.: "Corriere della Sera", 5.V.41.)

Polen in Deutschland

(ITF) In den vom Dritten Reich annektierten polnischen Gebieten arbeiten eine Anzahl Polen in

der Verwaltung, im Eisenbahn- und Postdienst. Die Polen müssen schwören, dass sie "Adolf Hitler treu und gehorsam sein" werden, aber auch dann erhalten sie weniger Lohn als deutsche Arbeiter und Angestellte. "Aus den Tarifordnungen des öffentlichen Dienstes und den sie ergänzenden Bestimmungen können Polen Rechtsansprüche nicht herleiten", erklärt das deutsche Arbeitsministerium. Polen werden also nicht nur 15% "Sozialausgleichsabgabe" vom Lohn abgezogen, sie können überdies noch unter Tarif bezahlt werden.

Weder im öffentlichen noch im privaten Dienst erhalten Polen an Wochenfeiertagen Ersatz für Lohnausfall, sie erhalten für Feiertagsarbeit keine Feiertagszuschläge, weder tarifliche noch betriebliche Kinderzuschläge, weder Geburts- noch Heiratsbeihilfe oder Sterbegeld, weder zusätzliche Altersversorgung noch zusätzliche Wochenhilfe. Polen, die mindestens 3 Kinder haben, können, "sofern der Wert ihrer Arbeitsleistung und ihr Verhalten eine solche Zuwendung rechtfertigen", eine Familienzulage von 3 RN wöchentlich erhalten.

Im öffentlichen Dienst beschäftigten Polen werden höchstens die Dienstzeiten nach dem 1. Oktober 1939 angerechnet.

Es ist verboten, Polen bei Wohnungswechsel, anlässlich der Beerdigung von Arbeitskollegen, zur Hochzeit, bei der Niederkunft der Frau, "bei Feuer oder Hochwassergefahr", die die Wohnung bedroht, beim Tod der Eltern oder Kinder bezahlten Urlaub zu geben, ja nicht einmal wenn Verwandte so schwer erkrankt sind, dass "nach ärztlicher Entscheidung die Pflege des Kranken unerlässlich ist und wenn das (polnische) Gefolgschaftsmitglied die Pflege deshalb selbst übernehmen muss, weil es eine andere Person für diesen Zweck nicht sofort finden oder einstellen kann", darf ihm Urlaub gewährt werden. Krankengeld, Dienstkleidung, Schmutzkleidung, Dienstwohnung darf einem Polen nur gewährt werden, "sofern dies für die Erhaltung der Arbeitsleistung notwendig ist..." Dem Polen gelten den Nazis nicht als Menschen, sondern nur als Arbeitstiere.

(Für die Red.: Anordnung des Reichstreuhanders für den öffentlichen Dienst vom 3.III.41.)

### Polenlöhne drücken deutsche Löhne

(ITF) Die niedrigen Löhne, die den polnischen Arbeitern in den dem Dritten Reich angegliederten Ostgebieten gezahlt werden, drücken die Löhne der deutschen Arbeiter. Im Reichsgau Wartheland, den polnischen Provinzen Posen und Lodz, sind die Löhne fast aller Arbeitergruppen niedriger als die Löhne in vergleichbaren Lohngebieten des Reiches (berichtet das "Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront").

### Nazis gegen Gewerkschaften

(ITF) In Holland - Der holländische Gewerkschaftskommissar erklärt: "Organisation und Arbeitsweise (der holländischen Gewerkschaften) müsse seiner Meinung nach der Deutschen Arbeitsfront angeglichen werden... Unser (Nazi-)Sozialismus treibt uns auf den Weg und zur Form einer Arbeitsfront" ("Het Volk").

Im tschechischen "Protektorat" geht die Gleichschaltung schon weiter. Die unter dem Druck der deutschen Behörden gebildete Einheitsgewerkschaft setzte sich zunächst aus drei Sektionen zusammen, aus den Gewerkschaftszentralen für Arbeiter, für Privatangestellte und für öffentliche Bedienstete. Ueber diesen stand als Dachorganisation der sog. "Nationale Arbeitnehmerverband". Im Rahmen dieses organisatorischen Aufbaus hatten die einzelnen Berufsorganisationen - die den entsprechenden Gewerkschaftszentralen angeschlossen waren - und diese Gewerkschaftszentrale selbst, eine gewisse Autonomie. Ende März wurden die Gewerkschaftszentralen der Arbeiter und Privatangestelltenorganisationen aufgelöst und die ihnen angeschlossenen Organisationen direkt der Dachorganisation unterstellt. 6 Wochen später wurden die Leiter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen abgesetzt. Der Nazi-Kommissar Köster ernannte durch den Vorsitzenden des Nationalen Arbeitnehmerverbandes Václav Stoces, seinen gefügigen Strohmann, neue Leiter und erklärte, dass diese "Gewerkschaftsführer" nicht den Mitgliedern, sondern nur dem "Führer" Stoces verantwortlich seien. In "Národní Práce", der Tageszeitung des Nationalen Arbeitnehmerverbandes, gab Stoces offen zu, dass er mit diesen Massnahmen die "Pest" der Gewerkschaftsidee ausrotten will. Er schrieb:

"Die Gewerkschaftsbewegung muss sich von dieser zerstörenden Pest befreien und denen, die das nicht können, weil sie nicht begreifen oder weil sie geistig degeneriert sind, darf nicht gestattet werden, den Prozess der Wiederbelebung zu stören, den die Gewerkschaftsbewegung durchlaufen muss. Der erste Schritt wurde vor zwei Monaten getan, als die Gewerkschaftszentralen für Arbeiter und Privatangestellte aufgelöst wurden und die Stellung des 'Nationalen Arbeitnehmerverbandes' gestärkt wurde. Jetzt ernannte ich 21 Leiter für die 26 bestehenden Berufsorganisationen. Die bisherigen Ereignisse zeigten, wie schädlich die Verbindung mit politischen Richtungen und mit Personen der Vergangenheit war und wie notwendig es ist, dass nur der Gewerkschaftsbewegung gedient wird. Die neuen Leiter sind nur mir verantwortlich, damit sie unter meiner Führung die Aufgabe erfüllen können, die darin besteht, die tschechischen Arbeiter und Angestellten den richtigen Weg in dieser Zeit der europäischen Wiedergeburt zu führen."

Die 21 neuen Leiter mussten geloben, sich für die "neue Zeit" des Nazismus einzusetzen.

Die tschechischen Arbeiter reagieren durch Beitragsstreik.- Aus Prag wird gemeldet, dass die Absicht besteht, die tschechische Einheitsgewerkschaft am 1. Oktober der Deutschen Arbeitsfront anzugliedern.

Dänemark - Die dänische Naziartei versucht mit Hilfe der deutschen Behörden, die in Deutschland arbeitenden 45.000 Dänen in ihre "Dänische Arbeitsfront" zu pressen.

(Für die Red.: "Het Volk", Amsterdam, 7.V.; "Národní Práce", 18.V.41. Informationen tschechoslowakischer Gewerkschafter.)

Wie italienische "Freiwillige"  
nach Deutschland geschickt  
werden

(ITF) Damit Deutschland die angeforderte Menge italienischer Arbeitssklaven erhält, wurde jedem italienischen Betrieb vorgeschrieben, eine bestimmte Anzahl Arbeitssklaven zu liefern, berichtet "Regime Fascista". Die Rekrutierungskommissionen beschwerten sich jedoch, dass sie nicht genügend Metallarbeiter für Deutschland erhielten. Sie überprüften daher noch einmal alle Betriebe, die noch nicht die 10-Stunden-Schicht eingeführt hatten und besonders diejenigen Betriebe, "die trotz Aufforderung nicht mitteilten, wieviel Arbeiter sie freigeben wollten". Selbst Kriegsbetriebe wurden noch einmal ausgekämt. "Wo zum Transport nach Deutschland ausgesuchte Arbeiter ungeeignet erschienen oder sonst aus irgendwelchen Gründen nicht nach Deutschland geschickt werden konnten, hat das Werk, zu dem sie gehören, eine entsprechende Anzahl Arbeiter der gleichen Kategorie zur Verfügung zu stellen", ordnete die italienische Regierung an.

Die Arbeiter wurden selbstverständlich überhaupt nicht gefragt. Sie werden zur Verfügung gestellt...

(Für die Red.: "Regime Fascista", 7.V. Vgl. "Faschismus", Seite 108 dieser Ausgabe.)

Die Not in Holland

(ITF) Ende November 1940 schrieb der Rotterdamer "Transportarbeiter": "Wenn das so weiter geht, dann kann eine Arbeiterfamilien mit z.B. 3 Kindern bald nicht einmal alle Rationen kaufen. Z.T. ist es schon so". Im Amsterdamer Gemeinderat forderte damals der Vertreter der holländischen Nazipartei 10% Lohnerhöhung für die Lohngruppen unter 2400 Gulden jährlich, weil sonst diese Familien nicht einmal ihre Rationen kaufen konnten.

Aber es kam nur eine Lohnerhöhung von 6% für das Personal im öffentlichen Dienst, das weniger als 1900 Gulden im Jahr verdient; nur Landarbeitern wurde eine 10-15%ige Lohnerhöhung zugebilligt. Die Preise stiegen weiter. "In sachverständigen Kreisen wird das Steigen der Preise der wichtigsten Lebensmittel seit September 1939 (Kriegsbeginn) auf mindestens 25% geschätzt", schreibt "De Unie". "Wenn die Löhne nicht erhöht werden, bedeutet das, dass die Kaufkraft der Bevölkerung um ein Viertel gesunken ist. Zweifellos hat die Rationierung die Kaufmöglichkeiten beschränkt, was unvermeidlich und nötig war. Doch es ist und bleibt leider eine Tatsache, dass die Preissteigerung es einem immer grösseren Teil der Bevölkerung unmöglich macht, einen Teil der wichtigsten rationierten Lebensmittel zu kaufen, sodass ein lebhafter Schleichhandel mit Karten für Lebensmittel, vor allem mit Fleischkarten, deren Einlösung sich die schlechter gestellten Schichten nicht leisten können, entstanden ist".

Den holländischen Bergarbeitern hat man jetzt eine Konzession gemacht. Sie erhalten statt einer Lohnerhöhung, die ihnen den Kauf der Rationen erleichter würde - täglich im Schacht 2 Scheiben belegtes Brot.

(Für die Red.: Gemeinderatssitzung vom 6.XI.40. "De Unie", 24.IV.41.- Ueber entsprechende Berichte aus Deutschland: "Faschismus" Nr. 12.)

Kartoffeln

(ITF) Ein typisches Beispiel der so rührend selbstlosen "Neuen Ordnung":

Belgien hungert. Die Brotration ist so niedrig wie in Polen, Kartoffeln sind eine Kostbarkeit. Die deutsche Militärverwaltung versprach grosszügige Hilfe, sie erklärte, Deutschland werde den belgischen Grosstädten (als teilweisen Ersatz für die Requisitionen) 180.000 to Kartoffeln liefern - schliesslich sollen die Belgier ja für Deutschland arbeiten. Von Holland sollten 30.000 to Kartoffeln kommen.

Holland lieferte. Aber aus Deutschland kam noch nicht ein Drittel der versprochenen Menge, bis Ende Mai hat Deutschland nur 55.000 to geliefert. Die deutschen Behörden entschuldigten sich mit Transportschwierigkeiten.

In Deutschland sind Kartoffeln noch nicht rationiert. In Belgien gibt es in vielen Orten wochenlang keine Kartoffeln, in Holland gibt es nur 3 Pfund Kartoffeln pro Woche, noch nicht die Hälfte des Durchschnittsverbrauchs des Arbeiters.

Deutschland versprach Mitte April, dass es Kartoffel-"Vorräte zurücksenden" wolle, berichtete die holländische Presse. Aber 2 Monate später wurde angekündigt, dass die knappe Kartoffelration der Holländer weiter gekürzt werden sollte.

Die Holländer sind daher auf Gemüse angewiesen. Aber im Gemüseland Holland ist heute "Gemüse teuer und knapp", die Hausfrauen werden unruhig, berichtet die Amsterdamer Nazi-Presse. Doch tagaus tagein rollen Gemüsezüge nach Deutschland, in die neue Ordnung".

(Für die Red.: Deutsche Pressekonferenz in Brüssel, 20-25.V., "Handelsblad", 18.IV., Radio Hilversum, 19.VI., "Het Volk", 10.V.41.)

"100.000 Flaschen Champagner täglich"  
für deutsche Offizierskasinos

(ITF) "Sofort nach der Besetzung von Reims wurde eine Sektverteilungsstelle der deutschen Armee errichtet", berichtet das "Neue

Wiener Tagblatt". Zu Beginn des Krieges schloss die (französische) Champagner-Industrie umfangreiche Verträge mit der französischen Armee ab. In diese Verträge ist unter Beibehaltung der Preise die deutsche Versorgung gewissermassen eingestiegen... Der Umsatz beläuft sich auf 100.000 Flaschen täglich".

(Für die Red.: Die jährliche Produktion schwankt je nach der Ernte zwischen 30 bis 37 Millionen Flaschen. "Neues Wiener Tagblatt", 25.V.41.)

Zwangsarbeit für Hitler

(ITF) Hitlers Reichskommissar hat angeordnet, dass künftig alle holländischen Jugendlichen zwischen dem 18. und 24. Jahr 6 Monate Zwangsarbeitsdienst abdiene müssen. Nur Jugendliche, die als "Politische" oder "Kriminelle" von deutschen oder holländischen Richtern zu mehr als 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden, und jüdische Jugendliche werden nicht eingezogen. Man rechnet bis Ende 1941 mit 15.000 Arbeitsdienstlern; später sollen 50.000 Jugendliche eingezogen werden.

(Für die Red.: Verordeningsblad, 26.V.41.)

Glücklich...

(ITF) Der Deutschlandsender begann seine erste Reportage über den Einfall deutscher Truppen in russisches Gebiet mit folgenden Worten: "Der Krieg ist wieder ins Rollen gekommen. Wir sind glücklich!"

(Für die Red.: Deutschlandsender, 22.VI.41.)

Protest gegen Rechtsbruch

(ITF) Vertreter von 43 norwegischen Organisationen haben bei Hitlers Reichskommissar Protest gegen die Willkürherrschaft der Quisling-Nazis eingelegt. Hitlers Kommissar hat die Quislings am 25. September 1940 zur Ersatz-Regierung gemacht.

Die Quisling-Nazis haben die Macht missbraucht, stellt das Protestschreiben fest; die Dekrete der Ersatzminister widersprechen norwegischem und internationalem Recht; vor allem die Verordnung der Nazi-Staatsräte für Justiz und Polizei "verletzen die norwegischen Gesetze zum Schutze der persönlichen Sicherheit"; der 1. Staatsanwalt Norwegens predigt Selbsthilfe. Der Protestbrief schildert den Terror der Hird, der Quisling-SA, gegen Schulkinder und Studenten, gegen Lehrer, Aerzte und Personal im öffentlichen Dienst. Er protestiert scharf gegen das Zirkular der Quisling-Regierung, das vom Personal der Stadt Bergen eine Erklärung über seine Stellung zu Quisling, zur Quislingpartei und zu den deutschen Besatzungsbehörden verlangte. Der Protest schliesst mit der Warnung: "Unmissverständliche Zeichen lassen erkennen, dass die Ereignisse alle Schichten unseres Volkes immer stärker beunruhigen".

Vertreter der Gewerkschaft der Eisenbahner, der Post- und Telegraphenarbeiter, des Gemeindepersonals, der Beamten und der Lehrer haben den Protest gemeinsam mit den Berufsverbänden der Richter, der Geistlichen, der Universitätsprofessoren, Aerzte, Architekten und der Künstler unterzeichnet. Die Empörung war so allgemein, dass sich sogar Jens Tangen, der von Terboven eingesetzte Präsident der gewerkschaftlichen Landeszentrale, veranlasst sah, den Protest zu unterzeichnen.

Die Polizei hat der Reihe nach alle Unterzeichner vorgeladen und von einigen Organisationen verlangt, von dem Protest ihrer Leiter abzurücken. Terboven hat die Unterzeichner des Protestbriefes schliesslich nach einem Monat empfangen und ihnen drohend erklärt, es sei sehr unvorsichtig gewesen, den Protest zu unterzeichnen, die Unterzeichner hätten die Folgen zu tragen...

Jens Tangen ist vorläufig "beurlaubt" worden.

(Für die Red.: Fer Protest ist vom 20. Mai datiert. Terboven: 18.VI.41.)

Norwegische Gewerkschafter  
verhaftet

(ITF) Finn Bratli, der Vertreter der Osloer Eisenbahnergewerkschaft und A. Mørk, Vorstandsmitglied der norwegischen Telephon- und Telegraphengewerkschaft wurde von der

Nazi-Polizei Anfang Juni verhaftet. 2 führende Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaft und 20 führende Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaft sitzen seit längerem im Gefängnis.

Der Griff in die Kasse (ITF) Die norwegischen Quisling-Nazis haben die öffentlichen Kassen, die ihnen von den deutschen Behörden ausgeliefert wurden, gründlich geplündert. Bisher haben die deutschen Behörden das stillschweigend gebilligt. Aber nachdem die Zahl der in Norwegen tätigen deutschen Beamten vergrössert worden war, die Quislings damit entbehrlich wurden, haben die Deutschen den Quislings die Staatsämter weniger anziehend gemacht und verboten, dass die Quisling-Partei ihren Parteisekretären aus öffentlichen Kassen Beamtgehälter zahlt und dass Vertreter der Quisling-Presse auf Staatskosten reisen. Selbst Deutschlandreisen dürfen nicht mehr aus öffentlichen Kassen bezahlt werden.

Flucht aus Deutschland (ITF) 15 norwegische Arbeiter, die nach Hamburg transportiert worden waren, sind spurlos verschwunden. 4 dieser Arbeiter sind als blinde Passagiere nach Kristiansand gelangt. Im Hafen hat Gestapo sie verhaftet.

In Feindesland (ITF) Die deutschen Soldaten lassen in Holland den schmutzigsten Terror durch holländische Nazis ausüben. Man kann sich ein Bild von der Art dieses Terrors machen, wenn man im "Schwarzen Soldaten", dem Blatt der Nazi-Sturmtruppen, folgenden Bericht liest: "Wenn der Leidener Platz (in Amsterdam) für diesen Abend gesäubert ist, zieht die Gruppe in nahe Strassen- und Grachtenviertel. Sie hoffen, dass etwas passieren wird..." Schliesslich kommt man zum Platz zurück: "der Hauptmann spricht: 'Leute, das war gut heute Abend. Gewalt und immer wieder Gewalt. So lernen sie unsere Uniform kennen und so lernen sie, uns zu gehorchen!'" - (Für die Red.: März 1941.)

Hunger in Spanien (ITF) "In Spanien gibt es heute weder Mangel noch Unterernährung, sondern weitgehend Hungersnot", berichtet ein Sonderkorrespondent des Bostoner "Christian Science Monitor". "Spanien geht es schlimmer als Polen, Norwegen, Holland und Belgien".

Menschen brechen entkräftet auf der Strasse zusammen. "Das passiert jetzt dauernd überall in Spanien mit Ausnahme einiger weniger nördlicher Bezirke".

Freiheitliche Spanier leiden am meisten. Ein Sozialarbeiter sagte dem Amerikaner: "Die Regierung gibt den grössten Teil aller vorhandenen Nahrungsmittel ihren politischen Anhängern. Die sog. Roten, Menschen, die mit dem republikanischen Spanien sympathisieren, werden systematisch benachteiligt.

Das ist das Erbe des Hasses aus den Bürgerkriegstagen, eines Hasses, der heute unter der Oberfläche sogar stärker ist als je. Deshalb will die spanische Regierung nicht, dass ausländische Hilfsorganisationen die Lebensmittelversorgung kontrollieren. Rotes Kreuz oder Quäker bestehen darauf, dass sie, um Verschwendung und parteiische Bevorzugung zu vermeiden, die Lebensmittel durch eigene Leute verteilen. Sie würden jedem unparteiisch Lebensmittel geben. Die spanische Regierung glaubt, dass sie den politischen Terror in Spanien kennen lernen und dem Ausland berichten würden. Ueberdies - eine guternährte Opposition ist schwieriger zu kontrollieren.."

(Für die Red.: "Christian Science Monitor", 8-9.IV., nach dem Bericht der Londoner "Voice of Spain". Der Verlag der "Voice of Spain" veröffentlicht seit dem 21. Juni einen wöchentlichen "Spanish News Letter".)

Widerstand in Spanien (ITF) Im hungernden Spanien zittert die phalangistische Diktatur vor dem inneren Feind. "Der Staatsfeind ist stets in unserer Mitte, wir dürfen ihn nicht lässig und gleichgültig bekämpfen, sondern müssen ihm energisch und dem Befehl unserer Führer gehorsam entgegentreten", sagte der Sprecher des Malagaer Senders. "Es gibt unter uns Leute, die mit jedem möglichen Mittel versuchen, das grosse Wiederaufbauwerk unserer Führer zu stören. Sie sind gewissenlos und undiszipliniert. Sie toben sich in allen Formen illegaler Arbeit aus.."

(Für die Red.: Radio Malaga, 19. und 18.VI.41.)

Sozialreaktion in Kroatien (ITF) Die kroatische Marionetten-Regierung hat Streiks verboten und - zunächst bis zum 31. August - den Kündigungsschutz für Angestellte ausser Kraft gesetzt, um es den Unternehmern zu erleichtern, ihren Personalstand den neuen Verhältnissen anzupassen.

Die Lage der rumänischen Arbeiter

hat sich seit der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen durch Teuerung und Warenknappheit so sehr verschlechtert, dass die Arbeitsleistung der Arbeiter sank. Vertreter der grössten Industriebetriebe haben vom rumänischen Ernährungsministerium verlangt, dass die Arbeiter ihrer Betriebe bevorzugt mit Lebensmitteln und Kleidung und Schuhen beliefert werden. - (ITF)

Unzufriedenheit mit der Deutschen Arbeitsfront

(ITF) Im Deutschlandsender erklärte ein Redner offen, dass viele Deutsche mit der Deutschen Arbeitsfront unzufrieden sind und sich nicht an der Arbeit dieser Organisation beteiligen. "Man rühmt uns Deutsche ja als die Meister der Organisation", sagte er. "Jedoch liegen hier Wunsch und Gefahr eng beieinander". "Wir neigen dazu, Organisationen als Wundertäter anzusehen und darüber zu vergessen, dass die Kraft dieser Organisationen in der sittlichen Einsatzbereitschaft ihrer Träger wurzelt., es kommt auf den politischen Willen jedes Einzelnen an".

"Beobachten wir nicht immer wieder (!), dass einzelne Volksgenossen dies oder jenes von der Arbeitsfront fordern? Sie denken dabei, wenn auch meist unbewusst, dass sie ihnen gegen Zahlung des Beitrages den eigenen Kampf und die Notwendigkeit des persönlichen Einsatzes abgenommen habe... eine Auffassung, die marxistisch aber niemals (nazi-)sozialistisch ist". Eine vorbildliche Nazi-Organisation kassiert Beiträge und leistet nichts.

"Da fragen manche Leute auch heute noch (!) nach dem gesetzlichen Charakter der Deutschen Arbeitsfront. Aber diese Frage ist doch vollkommen falsch gestellt... Die Organisation kann (ihren Auftrag) eben nur dann erfüllen, wenn wir selbst, jeder einzelne, an seinem Platz ihn erfüllen... Der Glaube an die Allmacht der Organisation ist der Glaube an die Elendigkeit des Menschen!"

Die Unzufriedenen müssen ihre Ansichten über die gelbe Arbeitsfront/recht offen äussern, wenn jetzt im Deutschlandsender "falsch gestellte Fragen" beantwortet werden müssen.

(Für die Red.: Sendung vom 19.V.41.)

Kohlenzüge verschwinden in Deutschland

(ITF) Ein Werk in Hamburg erhält eine Rechnung über 10 to Kohle. Die Kohle war bestellt, aber das Werk wartet immer noch auf die Lieferung - ausser der Rechnung erhält es nichts. Aber ein Werk in Dresden erhielt plötzlich 10 to Kohle und es weiss nicht woher. Es kann die Kohle gut gebrauchen. Noch nach 5 Monaten ist keine Rechnung angekommen. Derartiges kommt seit Dezember häufig in Deutschland vor, so häufig, dass die Reichsstelle für Kohle einschreiten musste. Die Reichsstelle will dieses Durcheinander, das sie nicht beseitigen kann, wenigstens regulieren. Sie erliess eine Anordnung zur Organisierung des Durcheinanders, in der es heisst:

"Die Verkehrslage machte es verschiedentlich erforderlich, Kohlensendungen ohne Rücksicht auf den ursprünglichen Bestimmungsort und Empfänger nach Verkehrsgesichtspunkten anderweitig umzulenken. Da die Kohlensendungen in allen Fällen bereits dem ursprünglichen Empfänger berechnet waren und zunächst der neue Empfänger nicht immer bekannt war, ergaben sich hieraus hinsichtlich der Abrechnung für alle Beteiligten mannigfache Schwierigkeiten.

Um die Abwicklung solcher Umverfügungen zu erleichtern, ist der Empfänger derartiger umgelenkter Kohle verpflichtet, den Empfang derjenigen Kohlenverteilungsstelle zu melden, aus deren Bergbaubezirk die Kohle stammt... Für alle zurückliegenden Bezüge muss die Meldung bis spätestens 10. Mai erstattet werden, für alle weiteren Bezüge, die nicht innerhalb sechs Wochen nach Empfang berechnet waren, spätestens nach Ablauf dieser sechs Wochen".

(Für die Red.: Anordnung vom 3.V.41.)

Lohndruck am Westwall

(ITF) 9 Monate nach dem Fall der Maginotlinie wurden den Bauarbeitern im Bezirk des deutschen Westwalls die Löhne gesenkt. Der neue Tarif für die Bauarbeiter in der Saarpfalz kürzt die Löhne der Bauhilfsarbeiter, der Zementarbeiter, Rohrleger und der am Eisenbahn-Oberbau beschäftigten Arbeiter. Nur in Ludwigs-hafen und Saarbrücken erhalten Maurer, Zimmerer und Schlosser 2 Pfg. mehr



pro Stunde. In allen übrigen Orten des Bezirks wurden ihnen trotz einschneidender Teuerung die Löhne bis um 5 1/2% gekürzt.

(Für die Red.: Tarifordnung vom 20.III.41.)

### Schwangere sollen arbeiten

(ITF) Hitlers Arbeitsminister hat den Landesarbeitsämtern mitgeteilt, dass Schwangere zwar das Recht hätten, ihre Arbeit aufzugeben. "Mit Rücksicht auf die besonderen Zeitverhältnisse" sei den Schwangeren aber vom Arbeitsamt nahezu legen, bis Ende der 7. Woche vor der Niederkunft zu arbeiten.

(Für die Red.: Runderlass vom 7.III.41., Aktenzeichen Va 5422/1.)

### Die Wohnungsnot in Deutschland

(ITF) In Berlin ist die Wohnungsnot heute so gross, dass Wohnungsmittler von 100 Nachfragen wenigstens 80 abweisen müssen. "Leere Kleinwohnungen, 1 Zimmer mit Küche, 2- oder 3-Zimmer-Wohnungen, gibt es heute in Berlin nicht", berichtet die Berliner Wochenschrift "Das Reich".

"Dagegen ist der Vermittler meist bereit, einen Kunden für möblierte Zimmer und möblierte Wohnungen einzutragen". Aber diese Zimmer sind für Arbeiter unerschwinglich: "Das möblierte Zimmer für 20, 25, 30 und 35 RM ist zur Alltäglichkeit geworden und möblierte 2- oder 3-Zimmer-Wohnungen wurden und werden mit 200, 250 bis 350 RM angeboten. Die Verhältnisse werden besonders ausgenutzt..." / schien nicht mehr zu existieren, das fuer 50, 57 oder 100 RM

"Ein Mann, der kürzlich den Mut aufbrachte, sich um eine unter einer Chiffre angebotene Wohnung zu bemühen, erhielt nach 8 Tagen einen ablehnenden Bescheid des Vermieters mit der Begründung, er könne die begehrte Wohnung deshalb nicht erhalten, weil er der 439. Bewerber gewesen sei".

"Nach amtlicher Bekanntgabe fehlen augenblicklich in Berlin 130.000 Wohnungen. 80.000 vorhandene Unterkünfte dienen ihren Inhabern nur als Notbehelf."

In der Provinz sieht es ähnlich aus. Für Essen, eine Stadt mit 700.000 Einwohnern, "wurde vor einigen Jahren der Wohnungsfehlbedarf mit 16.000 angegeben", berichtet die "Kölnische Zeitung". "Diese Zahl hat sich inzwischen so erhöht, dass der Oberbürgermeister von einer augenblicklichen Wohnungsplage sprach".

(Für die Red.: "Das Reich", 25.V., "Kölnische Zeitung", 19.V.41.)

### Ernte-Zwangsarbeit in Deutschland

(ITF) Kühle Frühjahrsmonate haben die Ernte in Westdeutschland verzögert. Die Ernte wird daher in diesem Jahre in vielen westdeutschen Gebieten mit der Ernte in Ostdeutschland zusammenfallen.

Die Landräte wurden ermächtigt, unter Berufung auf die "Notdienst"-Verordnung eine ausreichende Zahl von Erntehelfern zu rekrutieren.

### Leihhäuser schliessen

(ITF) Die deutsche Propaganda berichtet, dass es dem kleinen Mann in Deutschland so gut ginge, dass viele Leihhäuser schliessen müssen, da niemand mehr Sachen verpfänden müsse. - Viele Leihhäuser schliessen tatsächlich. Aber das ist kein Zeichen des Wohlstandes, sondern ein Zeichen der Not. Der Warenmangel macht es dem kleinen Mann möglich, "Gegenstände, die früher kaum im gebrauchten Zustande gekauft und verkauft wurden, gegen Bargeld loszuschlagen", berichtet die "Frankfurter Zeitung". Der Umsatz auf diesem Markt habe sich verzehnfacht, mit unter dem Druck der wachsenden Not.

(Für die Red.: "Frankfurter Zeitung", 5.VI.41.)

### Verschlechterung der Seifenration für deutsche Arbeiter

(ITF) Bisher konnten Arbeiter in Deutschland neben der knappen Seifenration auf Attest des Betriebsarztes noch sogenannte "hautschonende Reinigungsmittel" erhalten. Jetzt gelten derartige Atteste nicht mehr. Auch für "hautschonende Reinigungsmittel" müssen seit Ende Mai Abschnitte der Seifenkarte abgegeben werden.

### Deutsche Angestellte

haben noch immer das Recht, von der Angestellten-Versicherung Altersrente zu beziehen, wenn sie nach Erreichung des 60. Lebensjahrs ein Jahr arbeitslos waren. Die Nazi-Regierung hat jetzt nicht nur angeordnet, dass diesen Angestellten, sobald sie Arbeit erhalten, die Rente entzogen wird; sondern die Unternehmer erhielten/das Recht, diese alten Angestellten untertariflich zu entlohnen! Sie brauchen nur versichern, dass die Angestellten nicht mehr voll leistungsfähig seien. - (ITF)